



## Politik

# Widerstand gegen britische Zensurmaschine

30. Dezember 2025

5,2 Minuten Lesezeit

von **Thomas Oysmüller**

---

**UK entwickelt mit dem Online Safety Act (OSA) gerade sein eigenes Zensurgesetz. Große Techkonzerne und Kommentatoren, warnen vor einer massiven Einschränkung der Meinungsfreiheit – und das Ende des Internets ohne Ausweis.**

Die EU hat ihren Digital Services Act (DSA), auf dieser Grundlage lässt die

EU Millionen Beiträge pro Monat löschen. In UK soll der Online Safety Act (OSA) die digitale Zensurinfrastruktur aufbauen. Offiziell soll es das Internet für „Kinder sicherer“ machen. Die Kritik ist aber dieselbe wie in der EU: Man bedrohe die Meinungsfreiheit und beende das Internet wie wir es kennen.

Techkonzerne wie Google kritisieren, dass das Gesetz die digitale Überwachung normalisiert, die offene Debatte einschränkt und die Arbeitsweise globaler Plattformen im Vereinigten Königreich erschwert. In seiner Stellungnahme warf Google der Regulierungsbehörde vor, Regeln zu fördern, die „die Rechte der Nutzer auf freie Meinungsäußerung untergraben“, indem sie eine präventive Unterdrückung von Inhalten begünstigen.

Die Behörde Ofcom wies diese Ansicht zurück und betonte, dass *„nichts in unseren Vorschlägen Websites und Apps dazu verpflichten würde, legale Inhalte zu entfernen“*.

Die britische Plattform [Reclaim the Net \(https://reclaimthenet.org/google-and-substack-warn-britain-is-building-a-censorship-machine\)](https://reclaimthenet.org/google-and-substack-warn-britain-is-building-a-censorship-machine) berichtet über die Entwicklungen:

Google war jedoch nicht das einzige Unternehmen, das Alarm schlug: Andere amerikanische Unternehmen und Handelsverbände reichten Stellungnahmen ein, in denen sie ähnliche Befürchtungen hinsichtlich des Geltungsbereichs und der Auswirkungen des Gesetzes äußerten.

Chris Best schrieb, dass sein Unternehmen ursprünglich vorhatte, sich an das neue Gesetz zu halten, aber schnell feststellte, dass es weitaus einschneidender war als erwartet. „Ich habe gelernt, dass es in der Praxis zu etwas viel Dunklerem führt: einem System der massenhaften politischen Zensur, wie es sonst nirgendwo in der westlichen Welt existiert“, sagte er.

Best beschreibt, wie das OSA-Plattformen effektiv dazu zwingt, Äußerungen

ständig zu klassifizieren und zu filtern, um zu antizipieren, was die Regulierungsbehörden später als schädlich einstufen könnten.

Die Einhaltung der Vorschriften erfordere „eine Armee von menschlichen Moderatoren oder KI“, um journalistische Beiträge, Kommentare und sogar Satire auf potenzielle Risiken zu überprüfen.

Der Prozess entferne nicht einfach Inhalte, sondern „verstecke“ sie hinter Identitätsprüfungen oder Altersüberprüfungen, die oft Gesichtsscans oder das Hochladen von Ausweisen erforderten.

„Diese Maßnahmen blockieren die Inhalte technisch gesehen nicht“, sagte Best, „aber sie sperren sie hinter Schritten, die im besten Fall lästig und im schlimmsten Fall eine Verletzung der Privatsphäre sind.“ Er warnte, dass diese Struktur Leser abschreckt, die Sichtbarkeit für Autoren verringert und den offenen kulturellen Austausch schwächt.

Best, der das Engagement von Substack für die Pressefreiheit betonte, sagte, dass die OSA das Problem der Online-Schädigungen falsch diagnostiziert, indem sie sich auf Äußerungen konzentriert, anstatt tatsächlichen Missbrauch oder kriminelles Verhalten zu verfolgen.

„So kommt es zu einer Art ‚Ausweis bitte‘ für das Internet“, schrieb er und warnte, dass das Gesetz zu einem Modell werden könnte, das von anderen Regierungen kopiert wird.

In seiner Stellungnahme argumentierte Google, dass die Auslegung des OSA durch Ofcom „die Meinungsfreiheit einschränken“ würde, indem Plattformen vage Verpflichtungen auferlegt würden, „potenziell illegale“ Beiträge zu überwachen.

Das Unternehmen warnte, dass diese Maßnahmen „zwangsläufig dazu führen würden, dass legale Inhalte für Nutzer weniger leicht zugänglich wären“ und damit den Geltungsbereich des Gesetzes über das hinaus

ausweiten würden, was der Gesetzgeber bei seiner Verabschiedung im Jahr 2023 beabsichtigt hatte.

Ofcom verwies unterdessen auf Vorfälle von Online-Unruhen, wie beispielsweise Beiträge, die nach den Morden in Southport und den darauf folgenden Ausschreitungen und Protesten verbreitet wurden, um seinen Ansatz zu rechtfertigen.

Die Regulierungsbehörde argumentierte, dass Empfehlungssysteme fragwürdige Inhalte zurückhalten sollten, bis Moderatoren sie überprüft haben, um zu verhindern, dass schädliche Inhalte in Krisenzeiten viral gehen.

Dieses Beispiel ist jedoch seitdem umstritten. Nach diesen Ereignissen nahmen die Behörden mehrere Festnahmen vor, darunter die von Lucy Connolly, unter Berufung auf Gesetze, die laut Kritikern übermäßig streng angewendet wurden und zu internationaler Verurteilung führten.

Die Nutzung der Unruhen in Southport zur Verteidigung strengerer Sprachkontrollen hat daher weitere Fragen darüber aufgeworfen, wie die Regierung die Grenzen „illegaler“ Online-Kommunikation interpretiert und durchsetzt.

Die Regulierungsbehörde argumentierte, dass Empfehlungssysteme fragwürdige Inhalte vorübergehend zurückhalten sollten, bis sie von Moderatoren überprüft worden sind, um eine virale Verbreitung von möglichem Hass oder Gewalt zu verhindern.

Die Durchsetzung des OSA hat zu neuen Spannungen zwischen Großbritannien und den USA geführt. Die Verhandlungen über eine Technologiepartnerschaft im Wert von 31 Milliarden Pfund wurden kürzlich eingefroren, nachdem Washington Bedenken hinsichtlich der Richtung Großbritanniens in Bezug auf die Online-Regulierung geäußert hatte.

Der US-Vizepräsident JD Vance hat Großbritannien vorgeworfen, in Bezug auf die Meinungsfreiheit einen „dunklen Weg“ einzuschlagen, während Elon Musks Plattform X erklärte, dass die „Meinungsfreiheit unter den neuen Regeln leiden wird“.

Ein Sprecher von Ofcom bekräftigte, dass das Ziel darin bestehe, sowohl die Sicherheit als auch die Freiheit im Internet zu schützen, und erklärte: „Unsere Vorschläge enthalten keine Bestimmungen, die Websites und Apps dazu verpflichten würden, legale Inhalte zu entfernen. Der Online Safety Act verlangt von den Plattformen, der Bedeutung des Schutzes des Rechts der Nutzer auf freie Meinungsäußerung besondere Aufmerksamkeit zu schenken.“

Diese Verteidigungslinie geht jedoch am eigentlichen Problem vorbei. Während Ofcom darauf besteht, dass legale Inhalte nicht vollständig entfernt werden, verlangt der Ansatz der Regulierungsbehörde von den Plattformen effektiv, die Verbreitung solcher Inhalte einzuschränken.

Indem Unternehmen verpflichtet werden, „potenziell illegale“ Beiträge zu beschränken, bevor deren Status eindeutig festgestellt wurde, würde diese Politik zu einer weitreichenden Unterdrückung rechtmäßiger Meinungsäußerungen führen.

Die Rechtslage im Vereinigten Königreich kriminalisiert bereits (und leider) Kategorien von Äußerungen, die in den Vereinigten Staaten unter den Schutz der Verfassung fallen würden.

Infolgedessen kann jedes automatisierte oder groß angelegte Moderationssystem, das zur Einhaltung des OSA entwickelt wurde, unvermeidlich rechtmäßige Inhalte blockieren, um sicherzustellen, dass kein illegales Material durchrutscht.

**Bild „[Anti-ACTA Protest](#)“ by [amnestylondon](#) is licensed under [CC BY-SA 2.0](#).**

**Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um Unterstützung.**

**Folge TKP auf [Telegram](#) oder [GETTR](#) und abonniere unseren Newsletter.**

#### WERBUNG

